

# KREISZEITUNG

## Böblinger Bote



Amtsblatt für Stadt und Kreis Böblingen  
Heimatzeitung für Sindelfingen, Herrenberg, Schönbuch und Gäu

13.8.2005

## "Vereinbarung auf dem Rücken der Bürger"

**Anwohner im Unteren Lauch in Böblingen pochen auf Überdeckung bei A 81-Ausbau**

**Böblingen - Vor 20 Jahren haben sie sich vehement für den Lärmschutz im Unteren Lauch eingesetzt - und den Lärmschutzwall durchgesetzt. Jetzt fürchten die Bürger, dass beim Ausbau der A 81 die Stadt die Forderung nach Überdeckung fallen lässt - auf ihre Kosten.**

Das Rauschen auf dem Balkon von Helga und Walter Pfisterer ist nicht zu überhören. Gleichmäßig brandet der Autobahnlärm über die Häuser in der Harbigstraße hinweg. Erstaunlich: Nicht aus dem Bereich der Autobahn nördlich rauscht es, sondern von Osten her. Für den Nachbarn Heinz Kopp ist die Wahrnehmung des Gastes die Bestätigung dafür, dass die Forderung der Anwohner nach einer Verlängerung der Lärmschutzmaßnahmen bis zur Autobahnunterführung der Leibnizstraße Richtung Sindelfingen begründet ist.

Doch dies ist nur eine Forderung der Bewohner des Wohngebietes, die sich im Zusammenhang mit der Baugenehmigung für den Ausbau der A 81 für mehr Lärmschutz einsetzen. Bei einem Treffen im Paladion haben sie ihre Forderungen an das Regierungspräsidium formuliert. Doch Helga Pfisterer und Marianne Kopp pochen auch gegenüber der Stadt auf das einstmals gegebene Versprechen einer Überdeckung bei einem Ausbau auf acht Spuren. Hatten sich die beiden Frauen doch schon vor 25 Jahren in der Initiativgruppe Lärmschutz Unteres Lauch engagiert. Sie zücken einen Aktenvermerk aus dem Jahr 1980. Der hält nach einer Besprechung mit Oberbürgermeister Wolfgang Brumme fest, dass "ein Verzicht auf die Trasse A 81 seitens der Stadt Böblingen erst dann erfolgen kann, wenn eine verbindliche Zusage der Überdeckung seitens des Autobahnamts erfolgt ist".

Die A 81 sollte von Gärtringen nach Leonberg geführt werden - wurde aber, wie bekannt, aufgegeben. Doch schon damals hatte man bei der Stadt diese Entwicklung wohl nicht ausgeschlossen. "Oberbürgermeister Brumme vertritt eindeutig die Auffassung, dass, sollte es aus irgend welchen Gründen zu einer Aufgabe der Trasse A 81 und zu einer Ausweitung der A 831 auf insgesamt acht Spuren einschließlich je einer Standspur kommen, so werde die Überdeckung des gesamten Verkehrsbauwerks notwendig", heißt es im Protokoll der Besprechung.

"Wir gingen davon aus, dass die Stadt auf der Überdeckung besteht", pocht Heinz Kopp auf den Vertrauensschutz. Wenn OB Alexander Vogelgsang den Anwohnern aber schreibt, dass die Stadt einen "regelkonformen Lärmschutz einfordern" will, sieht er darin eine Aufgabe dieser Forderung. Da die Stadt auch ein Interesse an der Fortführung der Leibnizstraße ins Flugfeld habe, werde sie mit der Bundesstraßenverwaltung "eine Vereinbarung auf dem Rücken der Bürger" schließen, fürchtet Walter Pfisterer. Und Heinz Kopp ergänzt: "Das Flugfeld ist unser Feind, die Stadt hat ein Interesse am Autobahn-Ausbau."

Mit den jetzt vorgesehenen Lärmschutzfenstern wollen sich die Bewohner nicht zufrieden geben. "Wir wollen ja auch die Gärten und Balkone weiter nutzen", erinnert Helga Pfisterer auch an die Investitionen der Leute in die Häuser. Für Heinz Kopp ist aber auch klar, dass wegen der Topographie der Lärmschutz auch durch eine Erhöhung der Wälle nicht sonderlich zu verbessern ist, zumal sich dabei auch die Grenzen der Statik zeigen. Im Schreiben an das Regierungspräsidium fordern die Bürger Messungen der Schallpegel zu verschiedenen Jahreszeiten anstelle von Berechnungen. Auch die Immissionen sollten in den Wohngebieten gemessen werden. Der lose Zusammenschluss der Bürger fordert in der Konsequenz die Überdeckung. Doch weiß auch Heinz Kopp, dass derzeit das Geld sehr knapp ist. Zumal ein Tunnel mit rund 130 Millionen Euro Baukosten angesetzt wird. Dass die Bürger mit ihrer Forderung kaum Erfolg haben werden, ist für Kopp klar. "Nur die Städte können da was machen", ist sich der Rentner sicher. Pfisterer möchte sich mit der Kostenkeule nicht erschlagen lassen, "schließlich muss man das Geld ja auf künftige Generationen umrechnen". Denn ohne Lärmschutz, das fürchten viele Bewohner, "werden die Leute hier fliehen."